

Krägenau, Henry

Article — Digitized Version

40 Jahre Römische Verträge

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Krägenau, Henry (1997) : 40 Jahre Römische Verträge, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 4, pp. 186-187

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137458>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

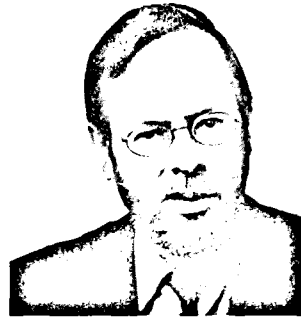
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

40 Jahre Römische Verträge



Henry Krägenau

Am 25. März 1997 ist es vierzig Jahre her, daß die „Römischen Verträge“ – EWG-Vertrag und Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) – unterzeichnet wurden. Damals vollzog sich ein spektakuläres Ereignis, das die europäische wirtschaftliche und politische Realität bis heute entscheidend mitbestimmt: mit Deutschland, Frankreich, Italien und den drei Beneluxländern kamen damals zunächst sechs souveräne westeuropäische Staaten überein, die vertragliche Basis für einen Prozeß der Integration zu legen, der den Frieden – nach innen und außen – dauerhaft sichern und den Wohlstand für Europa mehren sollte. Das Scheitern von Europäischer Verteidigungsgemeinschaft und Europäischer Politischer Gemeinschaft etwa drei Jahre zuvor hatte gezeigt, daß die Voraussetzungen für eine politische Einigung auf supranationaler Ebene zu der Zeit nicht gegeben waren. Mit der auch späterhin die Europapolitik kennzeichnenden „pragmatischen Methode“ knüpfte man dann konzentriert auf der ökonomischen Seite an. Die wirtschaftliche Integration betrachteten die Initiatoren der Gemeinschaft als „Schrittmacher“ für eine politische Einigung, denn sie impliziert eine Zusammenlegung politischer Gewalten und Verantwortungen.

Ein mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im wirtschaftlichen Bereich bereits bestehender Einigungsansatz beschränkte sich auf den engen Montanbereich. Entscheidend für die wirtschaftliche Gesamtintegration war der EWG-Vertrag, der den eigentlichen Gesamtplan zur Errichtung einer Wirtschaftsgemeinschaft darstellte. Die im zweiten Römischen Vertrag geregelte Europäische Atomgemeinschaft hatte man bewußt aus dem EWG-Vertrag ausgegliedert. Der EWG-Vertrag erwies sich als „Magna Charta“ des europäischen Einigungswerkes, als flexible Grundlage für die Ausgestaltung der Europapolitik.

Die für die Verwirklichung der Römischen Verträge wichtige Zollunion konnte vorfristig realisiert werden. Dies war ein großer Erfolg, auch wenn der zu schaffende „Gemeinsame Markt“ insgesamt unvollständig blieb. Befürchtungen, daß mit dem Eintritt der Gemeinschaft in die „Endstufe“ zum 1. 1. 1970 die Integrationsdynamik nachlassen könnte, führten 1969 zum Entschluß, sie in eine Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) zu überführen. Nach dem dazu erarbeiteten Werner-Plan sollte die EWWU bis Anfang der 80er Jahre verwirklicht werden. Deutlich hob er den instrumentellen Charakter der EWWU in bezug auf die politische Zielgebung hervor: er betrachtete sie als Ferment für die Politische Union, ohne die er sie auf Dauer nicht für bestandsfähig hielt. Waren sich die Regierungen über den Endzustand der EWWU weitgehend einig, gab es erhebliche Differenzen über den Weg dorthin: Die „Monetaristen“ gaben institutionellen Regelungen das Primat, die „Ökonomen“ setzten auf eine funktionelle Integration über die Märkte und eine konvergente Politik als notwendige Voraussetzung für die Schaffung der Union. Durch eine kompromißhafte „Parallelstrategie“ wurden die Differenzen dann nur überdeckt. Das Scheitern des Projektes gab letztlich den „Ökonomen“ recht.

Von Mitte der siebziger Jahre bis in die achtziger Jahre stagnierte die europäische Integrationspolitik weitgehend. Protektionistische Verhaltensweisen, Renationalisierungstendenzen im Gefolge der Ölpreiskrisen, Haushaltsquerelen im Zusammenhang mit der ineffizienten Agrarpolitik waren hierfür wichtige Gründe. Zudem war die Gemeinschaft durch mehrfache Erweiterungen heterogener geworden. Veränderungen in den politischen Gewichten und Entscheidungsprozessen mußten bewältigt werden.

Fortschritte im Bereich der Währungspolitik konnten 1979 mit der Schaffung des EWS erzielt werden. Es wurde pragmatisch weitgehend als Abkommen zwischen den Zentralbanken institutionalisiert; die politisch nicht durchsetzbare Änderung der Römischen Verträge wurde vermieden.

Der integrationspolitische Stillstand wurde erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit der den EWG-Vertrag ändernden Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1986 überwunden. Das ökonomische Ziel der Gründungsverträge, einen Raum ohne Binnengrenzen zu schaffen, wurde wieder aufgenommen. Bis Ende 1992 sollte der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet sein. Dies gelang weitgehend termingerecht, wengleich einige Länder noch erhebliche Rechtsumsetzungen leisten müssen.

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte wurde auch das Ziel der EWWU wiederbelebt. Auf der Grundlage des Delors-Berichtes vollzog sich mit dem Vertrag von Maastricht 1992 die umfassendste Änderung und Erweiterung der Römischen Verträge. Maastricht schaffte die Europäische Union, wengleich durch den Vertrag nur ein relativ geringer Teil nationalstaatlicher Hoheitsrechte auf die Union übertragen wurde. Gleichwohl ist die Aufgabe der geld- und währungspolitischen Souveränität und ihre Übertragung auf eine unabhängige Europäische Zentralbank (EZB) ökonomisch und politisch von zentraler Bedeutung für die weitere Entwicklung Europas. Wenn Schumpeter recht hat und „...sich im Geldwesen alles spiegelt, was (das) Volk will, tut, erleidet ...“, dann geht die Gründung der Währungsunion über das hinaus, was sich bisher als Integration nach Rom vollzog. Vor 40 Jahren hätte ein solcher Schritt in Deutschland weitgehende Zustimmung gefunden, heute gibt es in der deutschen Bevölkerung beträchtliche Widerstände.

In der ökonomischen und politischen Diskussion haben sich die zentralen Fragen des Integrationsprozesses in den letzten 40 Jahren im Grunde kaum geändert. Auch heute wird die Durchsetzungskraft des „ökonomischen Motors“ ebenso kontrovers diskutiert wie das Verfassungs- und Institutionenproblem. Schon damals gab es Zweifel, ob ökonomischer Druck geeignet ist zur Durchsetzung politischer Ziele. Die zunehmende Verzahnung der Volkswirtschaften in den vergangenen 40 Jahren hat zwar zu mehr politischer Kooperationsbereitschaft geführt. Das Integrationswerkzeug EWWU stellt jedoch weit höhere Anforderungen an den Kooperations- und Integrationswillen als alle vorherigen Schritte. Konkret heißt das heute: Kann die EWWU die Politische Union vollenden oder wird sie zum Sprengsatz der Integration?

So könnten bei mangelnder Flexibilität der Arbeitsmärkte Schocks zu einer verstärkten Divergenz der Wohlfahrt (Arbeitslosigkeitsproblem!) zwischen den Unionsmitgliedern führen. Dies könnte via politischen Druck auf die EZB nicht nur die Stabilität der Preise, sondern darüber hinaus den politischen Zusammenhalt der Union in den nichtökonomischen Säulen des Vertrages gefährden. Ist die EWWU also nur dauerhaft stabil, wenn ihr bald die Politische Union folgt? Diese Auffassung vertritt seit Jahren vehement die Bundesbank, aber auch Kommissionspräsident Santer und andere. Diese Forderung ist weitgehend, verlangt sie doch eine breite Übertragung von Hoheitsrechten der Mitglieder auf die EU. Hierfür ist in Europa keine Mehrheit erkennbar, die EWWU wäre damit zum Scheitern verurteilt. Andere teilen die Skepsis nicht und sehen die Währungsunion lediglich als ökonomisch notwendige Entscheidung zur Entnationalisierung der Geldpolitik. Niemand kennt die richtige Antwort, die Diskussion hat aber gezeigt, wie gewagt das Experiment EWWU ist.

Wer die Politische Union anstrebt, muß erklären, wie sie aussehen soll. Damit stellt sich die Verfassungsfrage, die der Finalität der Union. Wenn es keine Mehrheit für einen Bundesstaat Europa gibt, müssen die notwendigen Reformen des Maastrichter Vertrages auf der Grundlage einer Union „als föderales und dezentrales Mehrebenensystem...“, in dem die Mitglieder ihre Staatlichkeit, regionale Verwurzelung und Identität wahren können“ (Weidenfeld), durchgeführt werden. Geklärt werden muß, wie die EU mit den anstehenden Erweiterungen auf mehr als zwanzig Mitglieder fertig werden will. Die Anpassung der Institutionen (Rat, Kommission, Parlament) nach Effizienz und Legitimation an die Erfordernisse einer erweiterten Union ist dazu unumgänglich.

Erste Lösungsschritte werden von der laufenden und im Sommer zu beendenden Vertragsrevisionskonferenz („Maastricht II“) erwartet. Bisher vorliegende Ergebnisse sind wenig ermutigend. Es ist zu befürchten, daß die Realisierung der Politischen Union – wenn sie denn kommt – noch vieler weiterer Jahre an Arbeit und Geduld bedarf. Durch die EWWU sind allerdings die zwischenzeitlichen Integrationsrisiken eher höher geworden.